*taz.die tageszeitung

taz.die tageszeitung vom 20.11.2021, Seite 34 / Spezial

Mehr grüne Energie wagen

Bürgerenergie wird zunehmend ausgebremst - nachdem 2011 noch 167 Energiegenossenschaften in Deutschland gegründet wurden, waren es 2020 nur noch 13

Von Bernward Janzing

Die "Demokratisierung" ist ins Stocken geraten. Im vergangenen Jahrzehnt war die Energiewende immer auch ein Projekt des Strukturwandels in der Stromwirtschaft, nicht nur eines, das die Technik der Stromerzeugung veränderte. Energie in Bürgerhand war das Schlagwort, das speziell durch Genossenschaften umgesetzt wurde; denn durch sie konnte auch in Photovoltaik investieren, wer kein eigenes Dach verfügbar hatte.

Mit diesem Gedanken der "Demokratisierung der Stromwirtschaft" wurden allein im Spitzenjahr 2011 in Deutschland 167 Energiegenossenschaften gegründet. Zwischenzeitlich allerdings ließ die Dynamik nach, im Jahr 2020 kamen nur noch 13 hinzu. Die Bürgerprojekte wurden nämlich komplizierter; vor allem der Bau von Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen auf öffentlichen Gebäuden, der einst für Genossenschaften ein attraktives Modell war, ist heute durch die Bürokratie komplex geworden.

Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband erfasst die Energiegenossenschaften in Deutschland genau. Die fast 900 Unternehmen haben zusammen bereits 3,2 Milliarden Euro in die Energiewende investiert und sich dabei oft mehrere Standbeine geschaffen: 80 Prozent der Bürgerunternehmen haben Geld in die Stromerzeugung aus Photovoltaik investiert, 30 Prozent in Strom aus Windkraft. Ferner betreiben 19 Prozent der Bürgerunternehmen ein lokales Wärmenetz, 36 Prozent liefern Strom und 11 Prozent betreiben Speicher, 15 Prozent haben zudem in Energieeffizienz investiert.

Der große Vorteil der Genossenschaften sind die für Anleger niedrigen Einstiegshürden. Das gilt vor allem auch aus finanzieller Sicht: An 24 Prozent der Genossenschaften kann man sich schon mit 100 Euro beteiligen, mit 500 Euro ist man bei den meisten dabei. Viele Bürger steigen aber höher ein; im Durchschnitt legt jedes Genossenschaftsmitglied gut 5.000 Euro an.

Allerdings gestaltet sich nicht nur die Gründung neuer Genossenschaften zäh, auch die bestehenden Bürgerfirmen sind zögerlich mit weiteren Projekten. Nachdem im Jahr 2018 noch 72 Prozent der Energiegenossenschaften den Bau neuer Photovoltaikanlagen planten, sind es aktuell nur noch 38 Prozent.

Die Bürgerwerke, eine Dachorganisation von inzwischen fast 100 Energiegenossenschaften, beklagt die "regulatorischen Hürden". "Komplizierte Regelungen bei der Stromvermarktung, wie zum Beispiel beim Mieterstrom oder bei Regionalstrom, behindern den Ausbau", sagt Christopher Holzem von den Bürgerwerken. Als Regionalstrom gilt solcher, der in der Nähe der Erzeugung - zum Beispiel im selben Ort - an Kunden verkauft, also nicht auf bundesweiten Märkten gehandelt wird.

Zugleich, sagt Holzem, sei es bislang immer noch "bei zu wenigen Gebäudeeigentümern angekommen, dass Solarenergie sich für sie lohnt". Viele Hauseigentümer scheuten den Aufwand, wollten aber auch keine Bürgerenergiegenossenschaft mit Modulen auf ihr Dach lassen: "Das ist einfach schade." Nötig sei ein Bewusstseinswandel: "Solarenergie auf dem Dach muss das Normalste der Welt werden." Jedes Dach ohne Solaranlage sei "eine vertane Chance - für die Umwelt und für den Geldbeutel".

Zwar liegt der Schwerpunkt der meisten Genossenschaften weiterhin bei der Solarenergie. Aber die Beteiligung an Windparks sowie stärkeres Engagement rund um die E-Mobilität - speziell Ladesäulen und Carsharing mit Elektroautos - gewinne in den letzten zwei Jahren an Bedeutung, heißt es bei den Bürgerwerken.

Schwer umzusetzen sind für lokale Bürgerunternehmen große Solarprojekte und Windparks, die sich in Ausschreibungen um die Vergütungen bemühen müssen. In diesem Punkt spielt die Firma Prokon eine Sonderrolle, die sich als "Deutschlands größte Energiegenossenschaft" bezeichnen kann. Sie kann aufgrund ihrer Größe und langjährigen Erfahrungen im Windprojektgeschäft auch als Genossenschaft bei den Ausschreibungen mit dabei sein. Sie ist bundesweit tätig, also auch nicht - wie die meisten Energiegenossenschaften - regional verankert.

Das Unternehmen war 1995 als Kapitalgesellschaft gegründet worden, rutschte aber 2014 wegen Managementfehlern in die Insolvenz. Im Jahr 2015 ging Prokon in einer neu gegründeten Genossenschaft auf; ein Übernahmeangebot der EnBW schlugen die Gläubiger aus. Von den 75.000 Anlegern, die einst 1,4 Milliarden Euro investiert hatten, ging ein Teil den Weg mit in die Genossenschaft. Heute hat diese nach eigenen Angaben gut 39.000 Mitglieder.

Eines eint unterdessen die große Prokon und die zahlreichen örtlichen Genossenschaften: "Bürgerenergie ist schwieriger und komplexer geworden", sagt ein Prokon-Sprecher. Und das ist auch aus Gründen der Akzeptanz der Energiewende nicht gerade dienlich - denn immer wieder zeigt sich, dass Ökostromanlagen vor Ort deutlich mehr Freunde finden, wenn die Bürger der Region sich unkompliziert an diesen beteiligen können.

taz thema grünes geld

die verlagsseiten der taz



Fast 900 Energiegenossenschaften in Deutschland haben zusammen bereits 3,2 Milliarden Euro in die Energiewende investiert Illustration: Jens Magnusson/Ikon Images/mauritius images

Bernward Janzing

Quelle: taz.die tageszeitung vom 20.11.2021, Seite 34

Dokumentnummer: T20212011.5814284

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ dc9ce57abd4b74c648b931ca82850343dd5e205e

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH